

In den Norden schauen

Kann Deutschland in der Asyl- und Migrationspolitik von Dänemark und Schweden lernen?

Bernd Parusel

Schweden und Dänemark werden häufig als Vorbilder genannt, wenn es um Versuche geht, Fluchtmigration zu steuern und zu begrenzen. Vor allem die Rolle Schwedens, 2015 noch eines der wichtigsten Zielländer für Asylsuchende in Europa, hat sich grundlegend gewandelt. Der Beitrag beschreibt, wie das passiert ist, und wo Schweden und Dänemark heute stehen.

Einleitung

Das Bild, das viele Deutsche von Schweden haben, ist traditionell gut bis rosig, und das in den verschiedensten Zusammenhängen. Als Sehnsuchtsziel für Urlauber, die Stille und Natur suchen, als Vorbild in Sachen Vereinbarkeit von Beruf und Familie, oder auch als Vorreiter bei grünen Technologien. Und auch, was den Umgang mit Asyl und Migration angeht.

Bei den Themen Asyl und Migration, um die es in diesem Beitrag geht, hat sich die Vorbildrolle Schwedens allerdings in den letzten zehn Jahren um 180 Grad

gedreht. 2015 erfuhr der damalige sozialdemokratische Premierminister Stefan Löfven Bewunderung, als er bei einer Demonstration für Flüchtlingsschutz ausrief: „Mein Europa baut keine Mauern, wir helfen einander!“¹ Der Auftritt war ähnlich symbolkräftig wie Bundeskanzlerin Merkels „Wir schaffen das!“ im gleichen Jahr. Schweden war bekannt für eine flüchtlingsfreundliche Haltung. Der Verfasser dieses Beitrags erinnert sich, wie Delegationen deutscher Behörden und Ministerien nach Stockholm reisten, um die schwedische Integrationspolitik zu studieren. Die Gastgeber erzählten auch gern davon, lag ihr Land in vergleichenden Messungen doch weit vorne.²

Inzwischen findet Schweden Bewunderung für ganz andere Entwicklungen, nämlich dafür, dass es mit einem drastischen Kurswechsel in der Migrationspolitik seine Asylzahlen massiv reduziert habe. „Warum ist Schweden in der Lage, das Problem zu lösen, und Deutschland nicht?“ fragte der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz im August 2024.³ Schon länger wird oft auch auf Dänemark verwiesen, wenn es um Zuwanderungsbegrenzung geht.⁴

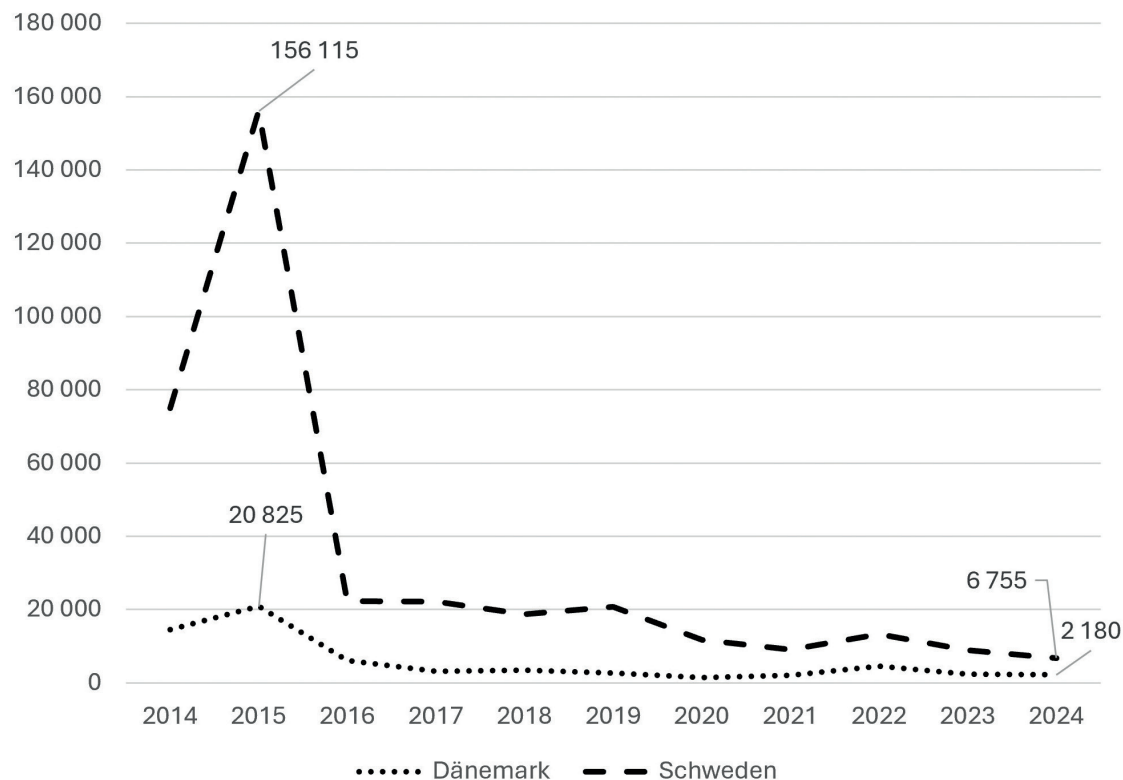
Dieser Beitrag soll eine Antwort auf die Frage versuchen, was Deutschland eventuell von in erster Linie Schweden, aber auch Dänemark, lernen könnte. Zu diesem Zweck wird dargestellt, wie sich die Asyl- und Migrationspolitik dort seit 2015 entwickelt hat. Anschließend wird untersucht, welche Besonderheiten es zu berücksichtigen und welche Fallstricke es womöglich zu vermeiden gilt.

Was in Schweden geschah

Laut Eurostat nahm Schweden im Jahr 2015 rund 156.000 Asylsuchende auf. Damit gehörte das Land zu den Spitzenreitern in der EU, vor allem wenn man die Zahl ins Verhältnis zur Bevölkerungszahl setzt.⁵ 2025 waren es nur noch um die 6.700, ein historischer Tiefstand. Dänemark hatte 2015 knapp 21.000 neue Asylbewerber, etwas mehr als im Vorjahr. Danach waren die Zahlen minimal (siehe Abbildung 1).

Die meisten Asylbewerber, die 2015 nach Schweden kamen, reisten in der zweiten Jahreshälfte ein, über die Öresundbrücke aus Dänemark. Die hohen Ankunftszahlen führten zu Kapazitätsproblemen, die der Staat nur mühsam bewältigen konnte. Zeitweise schickte die Migrationsbehörde Asylbewerber mit Bussen von Malmö in Richtung

Abbildung 1: Asylverfahren in Dänemark und Schweden, 2014 bis 2024



Quelle: Eigene Darstellung des Autors auf der Basis von Daten von Eurostat; Asylbewerber nach Art, Staatsangehörigkeit, Alter und Geschlecht – jährliche aggregierte Daten. Stand: 29.01.2026.

Norden und konnte erst während der Fahrt klären, wo die Reise enden sollte, wo noch Plätze geschaffen werden konnten.

Diese Situation, in der Behörden, Gemeinden, Vereine und Einzelpersonen viel leisteten, um die Versorgung der Menschen sicherzustellen, führte aber auch zu einem Eindruck drohenden Kontrollverlustes. Gegen Ende 2015 versuchte die Regierung, die Notbremse zu ziehen, indem sie eine Reihe vorübergehender Beschränkungs- und Abschreckungsmaßnahmen ankündigte und dann umsetzte. Als erstes wurden Kontrollen an den Grenzen wieder eingeführt und extraterritoriale Identitätskontrollen für Personen angeordnet, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln nach Schweden fahren wollten. Bahn- und Busbetriebe durften niemanden mehr über die Brücke bringen, der sich nicht schon bei der Abfahrt identifizieren konnte. Hinzu kamen 2016 Beschränkungen des Familiennachzugs, die Einführung befristeter statt unbefristeter Aufenthaltstitel für Personen mit Schutzstatus und eine weitgehende Aussetzung von humanitären Bleiberechten.

Da die Zahl der Asylsuchenden 2016 stark zurückging und niedrig blieb, wurden die Identitätskontrollen 2017 aufgegeben, und einige der Beschränkungen beim Familiennachzug und bei humanitären Aufenthaltsrechten 2019 beziehungsweise 2021 wieder gelockert. Aufenthaltserlaubnisse sind jedoch bis heute befristet (was nicht heißt, dass sie nicht verlängert werden können), und auch die Grenzkontrollen bestehen noch, wenngleich sporadischer.

Weitere Verschärfungen seit dem Regierungswechsel 2022

Nachdem 2022 eine Mitte-Rechts-Minderheitsregierung auf Grundlage eines Kooperationsabkommens mit den radikal rechten Schwedendemokraten das Ruder übernahm, wurden das Einwanderungsrecht erneut geändert und eine Vielzahl weiterer Restriktionen vereinbart, die zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieses Beitrags zum Teil noch in Arbeit sind. Der Familiennachzug und die humanitären Bleiberechte wurden erneut eingeeengt. Auch stieß die Regierung eine systematische Überprüfung des Ausländergesetzes an, mit dem Ziel, alle Vorschriften zu identifizieren (und dann zu ändern), die bessere Bedingungen für Asylsuchende und Schutzberechtigte vorsahen, als es internationales und europäisches Recht als absolute Mindeststandards verlangt. Das bedeutete zum Beispiel, den Widerruf von gewährten Schutzstatus zu erleichtern, mehr Asylanträge als unzulässig einzustufen, das Recht auf kostenlose Rechtsberatung einzuschränken und es Schutzberechtigten unmöglich zu machen, sich für permanenten Aufenthalt zu qualifizieren. Außerdem werden die Voraussetzungen für Einbürgerung verschärft, und es wird an einem althergebrachten Prinzip des schwedischen Wohlfahrtsstaats gerüttelt – dem Prinzip, dass jeder, der mindestens ein Jahr lang im Land lebt, die gleichen Rechte auf Sozialleistungen hat, wie alle anderen. Künftig sollen neu Zugewanderte erst nach einigen Jahren davon profitieren.⁶

Ferner hat Schweden sein Aufnahmeprogramm für Resettlement-Flüchtlinge von 5.000 auf 900 Personen pro Jahr gekürzt. Das Unterbringungs- und Verteilsystem für Asylbewerber wurde so geändert, dass Asylsuchende heute nicht mehr in von der Migrationsbehörde gemieteten Wohnungen im ganzen Land untergebracht werden oder sich selbst eine Unterkunft suchen dürfen, sondern in kollektiven Aufnahme- oder Rückkehrzentren wohnen müssen.

Der Eifer, die Migrationszahlen zurückzudrängen, machte auch nicht bei Asylfragen Halt. Auch bei der Arbeitsmigration gab es 2023 einen Umschwung. Während Arbeitgeber früher Drittstaatsangehörige aller Qualifikationsstufen aus dem Ausland anwerben durften, ohne Bedarfsprüfung, verhindert jetzt eine Gehaltsschwelle von 90 Prozent des schwedischen Durchschnittsgehalts legale Zuwanderung in alle schlechter bezahlten Jobs. Der sogenannte Spurwechsel, nach dem abgelehnte Asylbewerber zu Erwerbszwecken im Land bleiben durften, wenn sie während des Asylverfahrens arbeiteten und Weiterbeschäftigung in Aussicht hatten, wurde abgeschafft.

Im Vergleich zu 2015 spielt Schweden auch eine andere Rolle in der Migrations- und Asylpolitik in der EU. Einst unterstützte es die Entwicklung eines gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS), das auf hohen Schutzstandards und verstärkter Solidarität unter den Mitgliedstaaten basieren sollte. Die derzeitige Regierung möchte weiterhin europäische Lösungen, aber vor allem restriktive. Die solidarische Umverteilung von Asylbewerbern nach Schweden lehnt sie ab.

Anders als ursprünglich angekündigt, erwies sich die Kehrtwende der Jahre 2015 und 2026 somit nicht als vorübergehend. Vielmehr setzt sich der Umschwung weiter fort.⁷ Während Schweden damit nicht allein ist in Europa, war seine Fallhöhe besonders hoch. Einige der eingeführten Restriktionen gab es in anderen Ländern schon, als Schweden sie einführte, etwa befristete Aufenthaltstitel oder kollektive Asylunterbringung. Daher wirkt die Entwicklung in Schweden drastischer als anderswo.

Da die Zahl der Asylsuchenden inzwischen auf historischen Tiefständen liegt, kann davon ausgegangen werden, dass Politik ihre beabsichtigten Folgen hatte, auch wenn ein Kausalzusammenhang zwischen der Politikgestaltung und der Zahl der Ankünfte wissenschaftlich kaum belegbar ist. Koranverbrennungen, Segregation und Bandenkriminalität, Gerüchte über Sozialdienste, die angeblich muslimische Kinder entführten, oder im EU-Vergleich unterdurchschnittliche Schutzquoten für bestimmte Asylbewerbergruppen könnten ebenfalls zu einem negativeren Bild Schwedens beigetragen haben.

Was in Dänemark geschah

Die Fallhöhe Dänemarks bei der Umstellung auf eine restriktivere Migrationspolitik war niedriger als in Schweden, weil dort schon weit vor 2015 strenge Bedingungen für Asylsuchende und die Zuwanderung von Familienangehörigen herrschten. Bereits 2001 hatte Dänemark unter dem Einfluss der damals starken, rechtsgerichteten Dänischen Volkspartei seine einst liberalere Linie aufgegeben. Auch hatte Dänemark schon früh, als Bedingung zu seiner Zustimmung zum Maastrichter EU-Vertrag (1992), ein Opt-out für den Bereich der EU-Innen- und Justizpolitik erwirkt, um nicht zuletzt in Asyl- und Migrationsfragen weiterhin selbstständiger agieren zu können. Die Regeln des GEAS gelten daher in Dänemark nur zum Teil.

Dennoch hat auch Dänemark seine Vorgehensweise seither weiter verschärft. 2015 wurde festgelegt, dass Schutzstatus für Geflüchtete nur noch temporär erteilt werden. Der Übergang in unbefristete Aufenthaltserlaubnisse ist seither erst nach frühestens acht Jahren möglich. Premierministerin Mette Frederiksen erklärte 2021, das Ziel ihrer Regierung sei, die Zahl der Asylbewerber auf null zu senken.⁸ Im gleichen Jahr, also noch vor dem Fall des Assad-Regimes in Syrien, begann Dänemark die Schutzstatus syrischer Flüchtlinge zu widerrufen und die Betroffenen in Rückkehrzentren einzuquartieren.⁹

Seit Jahren strebt Dänemark auch an, Asylverfahren in Staaten außerhalb der EU auszulagern. Diese Pläne wurden zwar wegen mangelnder Machbarkeit und sich ändernder Präferenzen innerhalb der Regierung wieder aufgegeben, jedoch will Kopenhagen Asyl-Auslagerung und die Einrichtung von Rückkehrzentren in Drittstaaten heute auf EU-Ebene und in Zusammenarbeit mit anderen EU-Ländern umsetzen. Mit der Annahme neuer EU-Regeln zu sicheren Drittstaaten¹⁰ im Februar 2026 sowie einer kommenden EU-Verordnung zur Rückführung¹¹ scheinen diese einst als radikal gebrandmarkten Vorschläge heute europäischer Mainstream zu sein.

Risiken und Fallstricke: Das Augenmaß verloren?

2025 und 2026 gab es in Schweden zum ersten Mal seit Jahren Anzeichen dafür, dass die Bevölkerung die „stramme“ Migrationspolitik ihrer Regierung nicht mehr mehrheitlich mitträgt. In den Medien häuften sich Berichte über sogenannte „Teenager-Ausweisungen“, die viel Empörung auslösten.¹² Aufgrund der Umstellung von permanenten auf befristete Aufenthaltstitel für Schutzberechtigte und Einschränkungen bei der humanitären Aufenthaltsgewährung war es vermehrt dazu gekommen, dass Kinder mit Erreichen des 18. Lebensjahrs keinen anerkannten Aufenthaltsgrund mehr hatten und wegen Volljährigkeit auch nicht mehr vom Aufenthaltstitel der Eltern mit abgedeckt waren. Sie hätten eigene Asylgründe oder einen anderen Aufenthaltsgrund, etwa Erwerbstätigkeit, gebraucht, um einen eigenständigen Aufenthaltstitel zu bekommen, doch bei Teenagern, die noch aufs Gymnasium gingen, lagen solche Gründe oft nicht vor.

Ebenso mehrten sich Berichte, nach denen in den Arbeitsmarkt integrierte Personen ihre Aufenthaltstitel nicht mehr verlängern konnten, da der „Spurwechsel“ abgeschafft worden war, und zwar nicht nur für neu ins Land kommende Personen sondern – da die Rechtsgrundlage einfach gestrichen worden war – auch für Personen, die den Wechsel bereits vollzogen hatten.¹³

Selbst Premierminister Ulf Kristersson sprach plötzlich von „unsinnigen“ Beschlüssen,¹⁴ und Migrationsminister Johan Forsell sah sich von Kommunalpolitikern kritisiert, auch aus seiner eigenen Partei.¹⁵ Anfang März 2026 kündigte die Regierung an, die „Teenagerausweisungen“ und die Aufenthaltsbeendigung bei erwerbstätigen Spurwechslern künftig verhindern zu wollen, und das Migrationsamt setzte solche Ausweisungen vorläufig aus. Die rechtsgerichteten Schwedendemokraten erklärten sich zudem bereit, eine ihrer wichtigsten Forderungen, die Rückumwandlung von mehreren zehntausend bereits erteilten permanenten Aufenthaltserlaubnissen in befristete Aufenthaltstitel, zu verschieben.¹⁶

Es blieb jedoch der Eindruck, dass die Regierung und die Schwedendemokraten vom plötzlichen Gegenwind überrascht waren und zurückrudern mussten, da sie in ihrem Eifer, eine besonders strikte Migrationspolitik umzusetzen, das Augenmaß verloren hatten. Im September 2026 wird in Schweden ein neuer Reichstag gewählt. Ob angesichts des zumindest teilweisen Stimmungsumschwungs alle bis dahin geplanten migrationspolitischen Reformen noch verabschiedet werden, erscheint fraglich.

Schlussfolgerungen: Was Deutschland lernen kann

Aufgrund ihrer geografischen Lage sind Schweden und Dänemark mit Blick auf Migrationspolitik nicht ohne Weiteres mit Deutschland zu vergleichen. Asylsuchende, die auf dem Landweg nach Skandinavien wollen, müssen zahlreiche EU-Staaten durchqueren – dass sie auf diesem Weg aufgehalten, kontrolliert und registriert werden, ist nicht unwahrscheinlich. Deutschland ist mit seinen Landgrenzen zu neun anderen Schengenstaaten nicht so einfach mit Grenz- oder vorgelagerten Identitätskontrollen abzuschotten – abgesehen davon, dass diese ohnehin nicht dauerhaft zulässig sind.

Was indes auffällt, ist die Zielstrebigkeit und Härte, mit denen insbesondere Schweden seit 2015 auf einen immer strengeren Kurs umgeschwenkt ist. Es gab auf diesem Weg nur wenig abweichende Zwischentöne, da auch die (im Moment oppositionellen) Sozialdemokraten den Regierungskurs im Wesentlichen mittragen. In einem zentral organisierten Staat mit einer „Konsenskultur“ ist es für Regierungen leichter als anderswo, Verschärfungen nicht nur zu beschließen, sondern auch umzusetzen und einheitlich an die Außenwelt zu kommunizieren. Es ist keine Einzelmaßnahme, die Schwedens Ruf als aufnahmefreudiges Land geändert hat, es ist die Signalwirkung, die vom migrationspolitischen Umschwung insgesamt ausgegangen ist.

Zu Bedenken ist jedoch, dass dies – wie die Debatten um die sogenannten „Teenager-Ausweisungen“ zeigen – Vielen mittlerweile zu weit geht, und Regierungsvertreter nun als hartherzig dastehen. Große Teile der Bevölkerung mögen grundsätzlich für eine strikte Migrationspolitik sein, aber wenn sie sehen, dass Individuen betroffen sind, die augenscheinlich alle Integrationserwartungen erfüllt haben, gibt es Widerstände – vor allem wenn es um Kollegen, Nachbarn und Mitschüler geht.

Weiterhin ist zu bedenken, dass die schwedische Regierung ihren Migrationskurs gegen die Interessen der Wirtschaft durchgesetzt hat. Arbeitgeber beklagen schon lange, dass die Hürden für die Anwerbung von Arbeitskräften zu hoch seien, die Regeln zu bürokratisch und zu veränderlich, und dass abschreckende Signale an Asylsuchende und ihre Familienangehörigen auch Personen abschrecken können, die Schweden eigentlich dringend bräuchte. Und während es 2015 und ein paar Jahre danach in vielen Städten und Gemeinden Überlastungsercheinungen gab, ist heute das Gegenteil der Fall. Insgesamt schrumpft Schweden zwar noch nicht, aber 2025 war das Bevölkerungswachstum auf dem niedrigsten Stand seit 23 Jahren, und in 180 der 290 schwedischen Kommunen nimmt die Bevölkerung ab.¹⁷ Einer neuen Erhebung zufolge haben 41 Prozent der Gemeinden Schwierigkeiten, für leerstehenden Wohnungsbestand Mieter zu finden.¹⁸ Vor diesem Hintergrund ist es kein Wunder, dass Kommunalpolitiker die Zentralregierung zunehmend kritisieren. Wer den schwedischen Weg kopiert, muss somit in Kauf nehmen, Teilen seines Landes und Wirtschaftsinteressen zu schaden.

Auch ist anzumerken, dass Menschen, die sich gezwungen fühlen, aus ihren Herkunftsländern zu fliehen, nicht einfach zu Hause bleiben, nur weil ein mögliches Zielland zunehmend abschreckend wirkt. Asylbewerber, die es bis Europa schaffen und früher vielleicht nach Schweden gekommen wären, wählen heute sehr wahrscheinlich andere Zielstaaten, sofern sie eine Wahl haben. Schweden und Dänemark haben mit ihrer Migrationspolitik in den letzten Jahren also weniger zur Lösung von Fluchtsituationen beigetragen, als diese umgelenkt. Als Dänemark syrischen Flüchtlingen den Aufenthaltsstatus entzog, zogen viele in andere EU-Länder weiter – nicht zurück nach Syrien.¹⁹ Aus Schweden ist bekannt, dass abgelehnte afghanische Asylbewerber vielfach nach Frankreich oder Deutschland gingen.²⁰ Wenn die EU-Staaten ein gemeinsames Asylsystem haben sollen, in dem Ordnung herrscht, die Mitgliedstaaten sich gegenseitig vertrauen, und Verantwortung geteilt wird, sind Schweden und Dänemark keine Vorbilder.



Dr. Bernd Parusel

ist Politikwissenschaftler und Senior Researcher am Schwedischen Institut für Europapolitische Studien (SIEPS) in Stockholm. Seine Forschung beschäftigt sich hauptsächlich mit der Entwicklung der Migrations- und Asylpolitik der EU, aber auch mit dem Wandel dieser Politik in Schweden.

Anmerkungen:

- 1 „Mitt Europa bygger inte murar, vi hjälps åt“, in: Aftonbladet, 07.09.2015.
- 2 Etwa im Migrant Integration Policy Index (MIPEX), siehe <https://www.mipex.eu/sweden>.
- 3 Schwedens Migrationspolitik – ein Vorbild für Deutschland? In: NDR Info, 29.08.2024.
- 4 Dittrich, Adrian/Possoch, Dominic: Migrationspolitik: Können Dänemark und Schweden Vorbild sein? In: BR24, 20.09.2024.
- 5 Schweden hatte damals rund 9,9 Millionen Einwohner, heute sind es rund 10,6 Millionen. Quelle: Statistiska Centralbyrån: Sveriges befolkning i sammandrag 1960-2025, 24.02.2026.
- 6 Parusel, Bernd: Jüngste Entwicklungen im Bereich Asyl und Migration in Schweden, Bundeszentrale für politische Bildung, 12.11.2024.
- 7 Parusel, Bernd: Asylum Restrictions in Sweden Since 2015: A ‚temporary‘ U-turn made permanent, in: Fluchtforschungsblog, 07.05.2025.
- 8 Mette Frederiksen: Målet er nul asylansøgere til Danmark, in: TV2/Ritzau, 22.01.2021.
- 9 Sandberg, Marie: Dänemarks Ansatz zur Einwanderung und die Debatte über die EU-Asyl- und Migrationspolitik, Bundeszentrale für politische Bildung, 17.03.2025; Pace, Michelle: Think twice before copying Denmark’s asylum policies, in: The Conversation, 14.11.2025.
- 10 Peers, Steve: Asylum Pact 2.0: the EU amends the rules on ‚safe third countries‘ and ‚safe countries of origin‘, in: EU Law Analysis, 16.03.2026.
- 11 Parusel, Bernd: A Draconian Return System, in: Verfassungsblog, 06.02.2026.
- 12 Sinram, Jana: Schwedens harte Asylpolitik – Zum 18. Geburtstag kommt der Ausweisungsbescheid, in: Deutschlandfunk, 23.02.2026.
- 13 Hällsten, Amanda: Politiker rasar mot det slopade spårbytet, in: Aftonbladet, 08.12.2025; Grönberg, Anna: Tuff sommar för omsorgen – färre händer för de äldre när personal utvisas, in: Dagens Nyheter, 02.06.2025.
- 14 Svansbo, Ida: Statsministern om utvisningen av bebisen Emanuel: ‚Låter orimligt‘, in: Sveriges Radio, 13.02.2026.
- 15 Kritik mot regeringen efter att lagen om spårbyte tagits bort, in: Sveriges Radio, 15.12.2025.
- 16 Regeringskansliet: Pressträff om nyheter på migrationsområdet, 06.03.2026.
- 17 Statistiska Centralbyrån: Befolkningen växer trots fortsatt lågt barnafödande 2025, 24.02.2026.
- 18 Thambert, Fredrik/Nordström, Andreas/Westholm, Maria: Tomma lägenheter pressar kommuner: ‚Minskat invånarantal slår hårt‘, in: Dagens Nyheter, 08.03.2026.
- 19 Katt, Mais/van Tets, Fernande/Spinelli, Francesca/Bolliger, Monika/Verschwele, Lina/Nielsen, Nikolaj/Alfred, Charlotte/Assarsson, Sara: Mapping the EU flight of refugees fleeing Danish crackdown on Syrians, in: Lighthouse Reports, 10.01.2022.
- 20 Parusel, Bernd: Lessons from Sweden: How Not to Solve an Asylum Crisis, in: The Globe Post, 05.09.2019; Petrén, Alice: Allt fler unga ensamkommande lämnar Sverige för Frankrike, in: Sveriges Radio, 08.05.2018.